

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.

Monatlich-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat bei 1/3 Abzugs genommen; im
Reich, Sachsen und Preussl. Sachsen-
Weimar auf den 1. und 2. Monat
des Quartals 4/5 Pf.

Inserate
betr. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Besse pro
Zeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 46.

Freitag, 20. April.

1877.

Aus der Union.

Irrington, N. J. 15. März 1877.

Die mühsam errungene Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen der Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten ist immer noch bedroht. Es wäre schlechte Politik, darüber vor der Öffentlichkeit stillzuschweigen, während die gesamte Arbeiterwelt aller Lehren und Warnungen dringend bedarf, welche aus den besonderen Kampfweisen der Partei in jedem einzelnen Lande fließen.

Die Rasseleerer, und mit ihnen die jüngeren Eingewanderten, die in der hiesigen Arbeiterbewegung noch Keullinge sind, wollen auf den politischen Kampfplatz heraustrreten, mittels des allgemeinen Stimmrechts zunächst in der Gemeinde und im Einzelstaate sich geltend machen, und sind mit der Bestimmung des Unionsvertrags unzufrieden, wonach die Partei auch örtlich nicht politisch wirken soll, bevor sie eines Erfolges gewiß sein kann, und auch dann nur mit ökonomischen reinen Arbeiterforderungen. Die Internationalen, und mit ihnen die älteren, hier erfahrenen Mitglieder, sehen nichts als Unheil voraus, wenn diese politische Thätigkeit schon jetzt begonnen wird. Jene mögen so wenig als möglich mit den Gewerksvereinen und ihrer ökonomischen Bethätigung zu thun haben; diese sehen nur in diesen Heil. Jene berufen sich auf das Beispiel der deutschen Sozialisten, diese auf das der englischen Trades-Unions. Jene sind vertreten in der „Arbeiterstimme“ und in den Tagesblättern von Chicago und Milwaukee, sowie in den eben gegründeten englischen Organen von letzterer Stadt und von Cincinnati; diese im „Vorboten“ und „Labor Standard“. Jene suchen besonders den Kleinbürgerstand an der Partei zu interessiren, diese wollen bloß auf Lohnarbeiter die Parteileitung beschränkt sehen und erwarten von einer Beteiligung der Kleinbürger, bevor sie zu Lohnarbeitern herabgesunken sind, nur eine Verderbnis der Partei. Jene suchen auf einem neuen Partei-Congress das Programm in ihrem Sinne umzuändern; diese würden, wenn dies gelänge, wieder austreten — glücklicherweise aber fehlen die Geldmittel zur Abhaltung eines Congresses.

Es ist diese fanatisch aufrecht gehaltene Verschiedenheit der Standpunkte einfach die Folge davon, daß auf amerikanischem Boden ein rascher Erfolg unserer Partei vorderhand unmöglich ist — und zwar aus Gründen, welche wir mehrfach besprochen haben. Wüßte die Partei so rasch wie in Deutschland, oder wäre die Ausbreitung und die ökonomischen Wohlthaten des Gewerkschaftswesens so handgreiflich wie in England, so gäbe es keinen bedeutlichen Meinungs-spalt. Bei dem sehr langsamen Fortschritt beider Bewegungen aber, während doch die Ausbreitung des Proletariats und seiner Noth erstaunlich rasch voranschreitet, sucht jede von beiden Fraktionen die Schuld des Erfolgsmangels der andern aufzubürden (gerade wie nach einer verunglückten Revolution). An einer Fülle von triftigen und scheinbaren Gründen fehlt es keiner der beiden; leider werden nur die gegnerischen dabei nicht voll gewürdigt. Diese Gründe hier alle mitzutheilen ist unmöglich; wir halten es aber für geboten, diejenigen davon zu erwähnen, welche in der Höhe der Verhandlung selten erwogen und in der Parteipresse noch nie widerlegt worden sind.

Beide Fraktionen pflegen zu vergessen, daß in jedem Staate die Agitationsweise sich der Eigentümlichkeit der Nationalität, und in unserer amerikanischen Reichbevölkerung an fast jedem Orte sich derjenigen der vorwaltenden Nationalität anzugewöhnen hat. Wie grundverschieden trotz aller nahe verwandten Abstammung sind doch der Angloamerikaner, welcher immer nur eine Frage oder Aufgabe auf einmal verhandelt haben will, um seine ganze Willenskraft zu ihrer Durchsetzung zu verwenden, und der Deutsche, welcher immer einen ganzen Gedankengang grundsätzlich darzustellen verlangt, mit welchem jede einzelne Frage oder Aufgabe folgerichtig verbunden sein soll. Wie grundverschieden wieder trotz aller Urverwandtschaft sind der Franzose, der überall im Auslande nur Franzose bleibt und in die Bestrebungen und besondere Kampfweise für allgemeine Zwecke bei andern Nationalitäten sich nie hineinsetzt, und der Irlander, der überall sofort zuhause ist und mitmacht und eine Rolle spielen will, aber in grundsätzlicher Hinsicht so wankelmützig zu sein pflegt! Und mit diesen vier Nationalitäten zugleich und noch andern, schwächer vertretenen, haben wir es hierzulande zu thun! Unter solchen Verhältnissen sollte das Parteiprogramm biegsamer sein, als es ist. Es sollte neben den internationalen Parteigrundsätzen, die es fast wortgetreu wiederholt, einen einzigen praktischen Agitationszweck für alle Mitglieder auf einmal vor sich hinstellen (einen solchen natürlich, aus dessen Durchsetzung die übrigen sich der Reihe nach von selbst ergeben) aber alle übrigen erlauben, sobald dem einen volle Genüge geleistet ist. Ein solcher Zweck ist die Durchsetzung des Normalarbeitstags von acht Stunden; und es sollte jeder Mitgliedschaft gestattet sein, entweder mittels einer bloßen Arbeiterbewegung, oder mittels einer bloß gewerkschaftlichen, oder mittels beider dafür zu agitiren.

Demächst kommt in Betracht der Feind, mit welchem es unsere Partei in jedem Lande zu thun hat. In dieser Hinsicht ist — außer der Schweiz — kein europäisches Land nur entfernt mit dem unsern zu vergleichen. Denn in allen übrigen giebt es neben der Bourgeoisie noch eine Monarchie, eine Beamten- und Soldatenherrschaft, einen Adel und eine anerkannte kirchliche Macht zu bekämpfen. In der Schweiz aber ist weder die Bourgeoisie so allmächtig, noch sind die politische Bedeutung des Staates, seine Größen, Reichthums- und Bevölkerungsverhältnisse den unsern ähnlich genug. Es passen also für uns alle von Europa entlehnten Beispiele praktischer Partei Vorgehens sehr wenig. Da wir verfassungsmäßig volle Press-, Rede-, Versammlungs- und Wahlfreiheit (von Religions- und Unterrichts-

freiheit gar nicht zu reden) besitzen und folglich binnen einem halben Jahre die gesetzgebende Macht im Gesamtstaate, in jedem Einzelstaate und in jeder Gemeinde erringen könnten (in den letzten 22 Jahren ist zweimal der Fall vorgekommen, daß eine neue Partei binnen so kurzer Zeit den genannten Erfolg in fast dem ganzen Reiche errang), so ist das Volk selbst sein Hemmschuh, wenn jetzt, da die Nothwendigkeit einer neuen Parteibildung fast allgemein anerkannt ist, die unsere nicht recht voranschreiten will. Die Bourgeoisie wird so allgemein als die Ursache unserer Corruption verachtet, daß ihre Macht dem Volkswillen längst hätte weichen müssen, wenn das Volk selbst nicht ausgeartet, seiner Verfassung unwürdig geworden wäre. Das Manchesterthum, der Kapitalismus, die selbstsüchtige Vereinzelnung (welche mit kleinstem Vereinswesen ausgezeichnet sich verträgt) steht Jedem im Blute, oder im Gehirne, und das allein macht das Volk einem so verächtlichen Feinde gegenüber, wie unser Weltkönigthum ist, ohnmächtig und erklärt dessen ungläubliche Frechheit. Nur die älteren erfahrenen Mitglieder unserer Partei wissen das und sind deshalb ängstlich dafür eingenommen, vor Allem den sittlichen Geist des arbeitenden Volkes, sein Selbstvertrauen, seinen brüderlichen Sinn, sein Klassenbewußtsein, den Internationalismus und den Haß gegen den Kapitalismus in den Gewerkschaften großzuziehen, um eine größere Anzahl treuer, verlässlicher, kardenkender Agitatoren zu gewinnen, ehe sie politisch auftritt, und um den arbeitenden Massen Zeit, Kraft und Muth zum politischen Kampfe durch eine Verbesserung der ökonomischen Lage zu verschaffen. Die unerfahrenen Mitglieder, und die nicht hinreichend umsichtigen können nicht begreifen, daß es so schwer sein soll, mittels der Press-, Rede- und Wahlfreiheit baldige Erfolge zu erringen. Da hilft alles Reden nichts — man muß sie mit dem Kopfe gegen die Wand rennen lassen. Das allein kann helfen — sie müssen den Siphuss-Stein, gerade wie die lange Erfahrenen, erst eine Zeit lang vergebens gerollt haben, ehe sie sich auf das vorerst Erreichbare beschränken lernen. Und in dieser Weise allein kann die Partei alle etwaigen Selbstsüchtlinge kennen lernen und loswerden, welche durch politische Thätigkeit auf Kosten der Parteizwecke aufsteigen möchten. Aber verfehlt wäre es nun, wollte die internationale und erfahrenere Fraktion hartnäckig jede vorzeitige Wahlbewegung seitens einzelner Mitgliedschaften bekämpfen, oder gar zu verhindern suchen. Die Partei darf darüber nicht geipaltet werden. Verfehlt wäre es, zu leugnen, daß selbst eine verfrühte Wahlbewegung einen örtlichen Parteisieg erringen könne, der wirklich allen Parteizwecken zugute laufe — in dieser Hinsicht hängt der Erfolg bloß von der Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit der Agitatoren ab. Viel wichtiger als ein starres Festhalten am Programme ist daher ein starres Sichten der Partei von unwürdigen und anrüchigen Charakteren, welche sich vordrängen — und gerade das wird wenig geübt.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist bei uns so reißend schnell gegangen, weil gar kein Gegengewicht vorhanden war, und weil das kapitalistische Beispiel Englands so verlockend war, so dem stammverwandten Volksgenossen entsprechend, daß nur diejenigen noch an einen baldigen Sieg unserer Partei hierzulande glauben können, welche dieses Volk nicht vor dem Bürgerkriege gekannt haben und deshalb nicht das jegliche mit dem früheren vergleichen können. Mittlerweile ist nämlich auch das Völkergemisch ein ganz anderes geworden. Endlich wirkt das kulturfeindliche Klima mit jeder neuen Generation nachdrücklicher auf die Erschlaffung der Willenskraft und des selbständigen Denkens ein. Es ist also kein Wunder, daß unsere Partei fast nur aus Eingewanderten besteht, und daß das eingeborne junge Volk sich an der Partei selbst fast gar nicht, an den Gewerkschaften nur höchst ausnahmsweise betheiligt. Diese unumstößliche Thatsache allein schon beweist schlagend alles oben Gesagte und erklärt unsern Mangel an Erfolg aus der einzig genügenden Ursache — dem wachsenden Verderbnis des Volksgenossen durch den Kapitalismus. Man sollte denken, daß die zunehmende allgemeine Noth zum Denken und zur Energie reizen müßte. Aber da es eben trotzdem nicht so ist, so sollte man sich innerhalb der Partei keine gegenseitigen Vorwürfe wegen Mangels an Erfolg machen, sondern sich mit dem Gedanken trösten, daß das Klima mit seinen vielen sekundären Ursachen die geistige Oberflächlichkeit und Unselbständigkeit mächtig großzieht. Aber darüber haben noch die Allerwichtigsten Betrachtungen angestellt.

Die Gewerkschaft der Lokomotivführer — eine der bestverwalteten im Lande — hat neuerdings drei siegreiche Ausstände glänzend gewonnen. Zuerst auf der New-Jersey-Centralbahn, dann auf der canadischen Grand Trunkbahn, zuletzt auf der Boston- und Maine-Bahn hat sie, nachdem die Drohung mit dem Ausstande von den Companies unbeachtet geblieben, zu einer und derselben Stunde alle Lokomotiven der Bahn da, wo sie gerade sich befanden, ausgelöscht und stehen lassen. Sie verfuhr dabei mit äußerster Schonung, indem sie Stunden wählte, zu welchen so wenig Passagiere als möglich im Freien sitzen gelassen wurden. Immerhin widerfuhr dies Schicksal Hunderten, und großen Frachtzügen. Natürlich war keine einzige Zeitung, welche diese Gewerkschaft nicht rücksichtslos verdammt hätte — die wenigen Arbeiterblätter ausgenommen — und in der Massachusetts-Legislatur kam sofort ein Gesetzesvorschlag ein, welcher ein solches Verfahren zum Kriminalverbrechen machen wollte. Unser Mitglied Mc Reill vereitelte das Plänchen durch eine meisterhafte Rede, in welcher er die Rede des Hrn. Francis Adams — eines der Großmoguls und berühmten Politikers, der die Company vertheidigte, Satz für Satz parodirte. Diese Siege einer Gewerkschaft und das Aufsehen, welches eines Arbeiters Worte erregten (der im Uebrigen ganz vereinzelt dasteht, aber seit lange hochverdient um unsere Sache ist), haben unserer Partei mehr Rückhalt verschafft, als alle Wahlbewegungen gethan

haben und in Bälde thun könnten. Das ganze Land hat erfahren, daß das große Kapital sofort Schranken findet, wo es mit einer Anzahl entschlossener, für ihr gutes Recht kämpfender Arbeiter zu thun hat. Sold's ein Beispiel ermuntert. Freilich sind nicht alle Arbeiter so unentbehrlich und schwer zu ersetzen, als die Lokomotivführer; dafür aber sind sie zahlreicher und haben mehr Zeit und Gelegenheit zur Organisation.

Der in meinem vorigen Berichte erwähnte Congress-Ausschuß, welcher zu begutachten hatte, ob eine Abänderung unseres Staatsvertrags mit China rätlich sei zum Zweck der Verhütung des Chinesen-Imports, hat, wie wir vorausgesehen, nicht für rätlich gefunden, dies zu empfehlen. Trotzdem erklärt er diese Slaven-einfuhr für ein weit überwiegendes Uebel. Er ist für Abwarten, ob es nicht gelingen werde, aus diesen Heiden Christen, aus diesen Arbeitsklaven freie amerikanische Bürger zu machen. Und in diesem heuchlerischen Sinne wird der Congress wohl entscheiden.

Sozialpolitische Uebersicht.

Bei Verathung der eingebrachten Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung erklärte der Präsident des Bundeskanzleramts, Minister Hofmann, der sich früher schon mehrere Male als bestiger Gegner des Sozialismus bemerkbar gemacht hat, die Anträge der Sozialisten (Arbeiterschutzes) für diskutirbar und auf dem praktischen Boden sich bewegend. Die meisten Zeitungen sprechen sich in ähnlicher Weise aus. Wir wußten dies im Voraus — und freuen uns deshalb darüber, daß unsere Abgeordneten derartige „zahme“ Anträge eingebracht haben, mit denen sich der zaghafteste Bürgermann einverstanden erklärt, weil trotz solcher Anerkennung die Anträge beseitigt, d. h. in einer Commission begraben worden sind, welches einer Ablehnung so ziemlich gleich kommt. Das Lob der Gegner an und für sich ist uns gerade nicht von besonderem Werthe; von großem Werthe aber ist es, daß ihr Verhalten trotz des Lobes diesen Anträgen gegenüber ein derartiges ist, daß die Arbeiter und freisinnigen Bürger sich mißmuthig von jenen Herren abwenden müssen.

Conservative Ansichten und Absichten. Das letzte Flugblatt des Wahlvereins der Deutschconservativen schreibt:

Noch weit mehr Aufsehen als die conservative Bewegung hat bei den letzten Wahlen das Hervortreten der sozialdemokratischen Partei gemacht. Der Zuwachs, den diese Partei im Reichstag erhalten hat, ist ja an sich nur unbedeutlich, aber gewaltig ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, die überhaupt abgegeben worden sind. Im Jahre 1874 wurden in ganz Deutschland für die Sozialdemokraten nur 351,952 Stimmen abgegeben, bei der diesmaligen Wahl dagegen nach der geringsten Schätzung die doppelte Zahl! In circa 100 Wahlkreisen sind überhaupt sozialdemokratische Candidaten aufgestellt worden. Die sozialdemokratische Partei zeigt eine Organisation von einer Festigkeit und Ausdehnung, mit der sich die Organisation keiner anderen Partei auch nur annähernd vergleichen kann. Eine sozialdemokratische Presse, die in mehr als 100,000 Exemplaren erscheint, beherrscht die Massen; eine große Zahl von wohlbezahlten Agitatoren und Reisepredigern durchziehen das Land. In einzelnen großen Städten, wie in Berlin und Altona hat es die Agitation sogar vermocht, im Interesse der Wahlen den Umzug zahlreicher Wähler in diejenigen Wahlbezirke zu veranlassen, in denen eine besondere Anstrengung im Interesse der Partei nothwendig schien. Dieses gewaltige Zuneigen der Entwicklung der Sozialdemokratie hat um so mehr Aufsehen erregt, als seit jeder Zeit, in der die überall herrschenden Stricks die Gemüther erregten, eine Zeit scheinbarer Ruhe eingetreten war. Das Darniederliegen unseres gesamten Verkehrs und der Produktion, welches ein bedeutendes Fallen der Arbeitslöhne hervorgerufen hatte, machte die frühere Kampfweise, das Vorgehen mit massenhaften Arbeitseinstellungen unmöglich, aber andererseits haben die wirtschaftlichen Mischstände, die Unzufriedenheit, die sie in den niederen Klassen der Bevölkerung hervorriefen, den Boden für die sozialistische Agitation begünstigt. Der Liberalismus hat seit Jahren die sozialdemokratische Bewegung ignorirt oder unterschätzt. Man hat bisher vielfach auf jener Seite es nicht verschmäht, die Stimmen dieser Kreise für liberale Zwecke auszunutzen und es mag daher theilweise die Scheu stammen, gegen diese Bewegung energisch aufzutreten. Es ist nicht zu verkennen, daß die sozialdemokratische Bewegung gewaltig durch die liberale Theorie gefördert worden ist. Wir wollen hier davon absehen, daß im Grunde die Sozialdemokratie nur die äußersten Konsequenzen von Grundfragen zieht, welche die liberale Theorie vertreten hat. Die Minderung der Achtung vor Gesetz und Obrigkeit, die Schwächung der Achtung vor den kirchlichen Institutionen, die allzu große Humanität der Strafgesetzgebung und noch mehr der praktischen Uebung der Strafgesetze, die Befreiung nothwendiger Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes und noch manches Andere, was wir wesentlich der Herrschaft liberaler Anschauungen in Gesetzgebung und Verwaltung verdanken, hat in eminentester Weise dazu beigetragen, dem Wachsthum der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten. Es ist jetzt dem Liberalismus nicht mehr möglich, sich gegen die Thatsachen zu verschließen und es ist keine Frage, daß ein großer Theil der Liberalen den Wunsch und die Absicht hat, Schranken gegen das Steigen der sozialdemokratischen Pluth errichten zu helfen, welche unerlässlich sind, wenn wir den Staat, wenn wir den ganzen Bestand der Gesellschaft vor zerstörenden Umwälzungen bewahren wollen. Eine Durchsicht dessen, was jetzt die Presse über die

obwaltenden Verhältnisse bringt, zeigt, daß überall die Meinung zu einer starken Reaktion gegen die bisherige Entwicklung vorhanden ist. Gerade ein Teil der Bourgeoisie, die bisher überall von den Lehren des Liberalismus beherrscht wurde, neigt sich Maßregeln zu, die mit den bisherigen Prinzipien freier Entwicklung brechen, die durch stärkeres polizeiliches Eingreifen, durch Beseitigung des geltenden Stimmrechts die Fluth eindämmen möchten. Die Ausbreitung der Sozialdemokratie ist ja zum großen Teil durch die liberale Gesetzgebung begünstigt worden, aber sie beruht andererseits auch auf großen sozialen Mifständen, die eine Folge der Entwicklung unserer Produktion, der unermesslichen Verfestigung der Handarbeit durch Maschinen, der Verdrängung der handwerksmäßigen Tätigkeit durch den Fabrikbetrieb sind. Es wird die wesentlichste Aufgabe sein, die Sozialdemokratie dadurch zu bekämpfen, daß die Gesetzgebung und die Arbeitgeber selbst Alles thun, was irgend möglich ist, um die wirklichen und gerechtfertigten Beschwerden der Arbeitermassen zu heben. Ein großer Theil der Leiden, die da existiren, ist weniger wirtschaftlicher als sittlicher Natur und ihnen kann nur durch eine wahre Erziehung unseres Volkes entgegengetreten werden, eine Erziehung, die nicht bloß das Wissen vermehrt, sondern vor Allem den Charakter bildet und wahrhaft christliche Gesinnung stärkt. Es wird die Aufgabe der konservativen Partei vor allen Dingen sein müssen, hierauf hinzuwirken. Nicht polizeilicher Zwang, nicht polizeiliches Vorgehen gegen die Agitation allein werden die Gefahr bannen, sondern vor Allem wird der Beruf hierzu auch der Kirche zufallen, die wieder die gebührende Stellung im Leben erringen muß, die allein in der Lage sein wird, wahrhaft christlichen Geist wieder zu erwecken und die Gemüther vor sanitischen Irrlehren zu bewahren.

Also nicht polizeiliches Vorgehen allein, sondern noch andere schöne Dinge. Und die Herren Liberalen haben „zum großen Theil“ die „feste Absicht“, mit den Herren Konservativen Hand in Hand „Schranken gegen die sozialdemokratische Fluth“ zu errichten, die zu humane Gesetzgebung zu enthumanisieren, das Vereins- und Versammlungsrecht noch mehr zu verstümmeln, das Wahlrecht zu beschneiden u. s. w. Recht häßlich das! Und wir wänschen den Lesenden: Gesegnete Mahlzeit! Mögen sie die Suppe ausessen, die sie einbroden. Und wird sie den Magen nicht verderben! —

— Armes Deutschland! In einer Adresse, welche die Wormser Nationalliberalen an Bismarck richteten, heißt es wörtlich: „Das Gefühl der Bestürzung ergriff das deutsche Volk, Bangigkeit hatte sich aller Gemüther bemächtigt bei dem Gedanken an den Verfall, der unserm deutschen Reiche durch den Rücktritt seines zweiten Schöpfers drohte. Was wird aus unserm deutschen Vaterlande werden, wenn der starke Arm ihm fehlt, wenn er ihm entzissen wird? Mit dieser Frage blicken wir alle sorgenvoll in die Zukunft.“ — Armes Deutschland, das du auf zwei Augen ruhst! Arme Nationalliberale, daß ihr solches glaubt und anspricht!

— Herr Tessendorff gibt uns Schuld an den kürzlich kaitgehabten Krawallen auf dem Alexanderplatz zu Berlin. In seiner Anklage gegen zwei Personen, die sich an diesem Krawalle theilgenommen haben sollen und von denen die eine, die einen Schuttmannlieutenant an die Kehle gefaßt hatte, mit einem Jahr Gefängnis bedacht, die andere aber freigesprochen wurde, äußerte Tessendorff sich dahin, daß die intellectuelle Urheberin an solchen Vorkommnissen die sozialistische Propaganda sei, welche allen Autoritätsglauben vernichtet und Gott weiß was Alles für Schändlichkeiten verübe. Die „Berliner Freie Presse“ bemerkt dazu recht trocken, daß dann Herr Tessendorff erst recht Schuld an den Exzessen trage, da er durch sein Vorgehen die sozialistische Propaganda wesentlich unterstütze.

— Die Stimmung in Oesterreich ist wieder kriegerischer geworden. Man fürchtet die Occupation der nördlichen Türkei durch die Russen. Besonders in Ungarn, dem gegenwärtig mahgebenden Lande des Kaiserreichs, ist die Erbitterung gegen Rußland in stetem Wachsen. So schreibt der „Pesther Lloyd“: „Die Occupation, das ist die Annexion, und angesichts dieser Thatsache wäre es Thorheit, an die Möglichkeit einer dauernden Neutralität Oesterreichs-Ungarns in dem türkisch-russischen Kriege zu glauben. Gleichwie nur die entschiedenen Siege der Türken über die Serben uns die Nothwendigkeit einer bewaffneten Stellungnahme erspart haben, so könnten uns auch nur entschiedene Siege der Türken über die Russen ein Heraustrreten aus

der neutralen Haltung ersparen. Wir machen rechtzeitig auf diese Lage der Dinge aufmerksam, damit wir von der Nothwendigkeit nicht überrascht werden. Wir haben gewiß nicht den Beruf, uns für den Bestand der Türkei in abenteuerliche Unternehmungen zu stürzen, aber wir haben die Pflicht, unsere eigene Existenz zu verteidigen und diese wäre durch die Etablierung eines russischen Regiments in den slavischen Provinzen der Türkei aufs ärgste bedroht.“ — Wenn Oesterreich also in einen Krieg verwickelt wird, dann wird Deutschland seinen „Erdfreund“ nicht im Stiche lassen wollen und der Weltbrand ist entzündet trotz aller diplomatischen Friedensbemühungen zweier Jahre. — Man sieht, daß, wenn nicht immerfort die Welt durch Friedensförderer in Aufregung versetzt werden soll, endlich einmal die Völker selbst zur Leitung ihrer Geschicke sich emporraffen müssen. Dann wird nimmermehr ein „Bischen Herzegowina“ die Culturländer zerrütten können.

— Der Kampf der Türken und der Montenegroer ist wieder entbrannt; auch die Aufständischen in der Herzegowina rühren sich. Nach Telegrammen aus Pesth stehen heisse Kämpfe nahe bevor. Die Keilerei im Kleinen hat also angefangen, die Keilerei im Großen folgt nach — und das nennt sich ein gestittetes Jahrhundert!

— Ausbreitung der sozialistischen Presse. In Hagen (Westfalen) erscheint ein neues Parteiblatt: „Hagener Volksfreund“; dasselbe wird dreimal wöchentlich herausgegeben.

— Die 47 Sozialisten, welche in München angeklagt waren, als selbstständiger Verein mit dem Vorstande der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu Hamburg in Verbindung gestanden zu haben, wurden sämmtlich freigesprochen.

— Der frühere Redakteur des „Volksstaat“, Marbach, der sich gegenwärtig im Leipziger Bezirksgerichtsgefängnis in Haft befindet, ist kürzlich vom Kreisgericht zu Halle wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts in Halle zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt worden. Das gleiche Schicksal traf den Redakteur des „Reporter“, aus welchem Blatte der „Volksstaat“ eine Correspondenz reproduziert hatte, in welcher die fragliche Beleidigung enthalten sein soll. Die Appellation ist angemeldet.

n. Berlin, 16. April.

Auch am Sonnabend erntete der Herr Generalpostmeister Lorbeer. Die Debatte des Post- und Telegraphen-Gesetzes wurde fortgesetzt, und als wiederum die Unzufriedenheit unter den Postbeamten zur Sprache kam, fand Herr Stephan sich veranlaßt, seine Bildung dadurch zu dokumentiren, daß er die Postbeamten, welche sich in der Presse und in Zuschriften an Abgeordnete mißbilligend über das Regiment Stephan äußern, in einer Weise angriff, die geradezu unerhört zu nennen ist. Leider kam nachher nur Laster zu Wort, der, statt das unerhörte Benehmen des Herrn Generalpostmeisters gebührend zu rügen, demüthig erklärte, die betreffenden Postbeamten seien ganz brave Leute — ein Zeugniß, das ihnen wahrhaftig nicht von Herrn Laster ausgestellt zu werden brauchte. — Bei der Erörterung der Ausgaben des Reichstags ergriff der Abg. Kapell das Wort, um für die schlecht besoldeten Diener des Hauses einzutreten. Sein Antrag, den betreffenden Absatz in die Budgetcommission zurückzuverweisen, wurde selbstverständlich abgelehnt.

In der heutigen Sitzung, die Vormittags 11 Uhr begann, stand in erster Linie auf der Tagesordnung die Beratung über den Antrag Schulze (Delitzsch) und Genossen, Abänderung des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betr. Bekanntlich hat schon dem vorigen Reichstag ein ähnlicher Antrag vorgelegen, und bezweckt derselbe unter Andern hauptsächlich eine Erhöhung des Minimalbetrags der Genossenschaftsanteile und verschiedene Abänderungen in Bezug auf die Controle und das Liquidationsverfahren. Der Abgeordnete Schulze (Delitzsch) begründete in längerer Ausführung seinen Antrag, wobei er natürlich nicht versäumte, den von ihm in's Leben gerufenen Genossenschaften und deren segensreicher Wirksamkeit reklameshaftes Lob zu spenden.

Der Abgeordnete Kost, welcher von unserer Seite das Wort zu dem Antrag ergriff, betonte, daß wir durchaus keine prinzipiellen Gegner des Genossenschaftswesens sind, im Gegentheil selbst bereits eine Reihe von solchen in's Leben gerufen hätten; allein gerade weil wir ein großes Interesse am Genossenschaftswesen haben, müßte es uns doppelt befremden, daß von der

Seite, welche die Vaterchaft des Genossenschaftswesens in Anspruch nehme, Anträge wie der vorliegende eingebracht werden könnten. Das Genossenschaftsgesetz habe Mängel, aber in entgegengekehrter Richtung als der, gegen welche die Schulze'schen Anträge sich wendeten. Zunächst sei es ein großer Uebelstand an dem Gesetze, daß dasselbe ausnahmslos die Solidarhaft vorschreibe, eine Bestimmung, die das Aktiengesetz nicht kenne und die also nur als eine Beeinträchtigung des kleinen Besitzes bezeichnet werden könne. Weiter sei es ein großer Uebelstand, daß das Gesetz vorschreibe, daß Genossenschaften sich nicht an politischen Angelegenheiten theilnehmen dürfen. Auf Grund dieser vagen Bestimmung sei es möglich gewesen, in München und Augsburg zwei Genossenschaften (Buchdruckereien) gerichtlich aufzulösen, die nichts anderes verbrochen, als daß in deren Geschäften je eine politische Zeitung fertig gestellt wurde. Was die Erhöhung bez. Fixirung der Minimalziffer der Anttheile betreffe, so laufe dieselbe auf nichts anderes hinaus, als gerade denjenigen Theil der Bevölkerung, zu deren Wohl angeblich die Genossenschaften hauptsächlich in's Leben gerufen wurden, von der Theilnehmung an solchen auszu schließen.

Sollte der Antrag wirklich Annahme finden, dann könnte man mit Recht sagen: der König im sozialen Reich sei zu einem König Herodes geworden, ja schlimmer, denn er habe seine eigenen Kinder getödtet.

Nachdem noch je ein Mitglied der nationalliberalen und der konservativen Partei ihre Wünsche vorgebracht, erklärte der Vertreter des Bundesraths, daß seitens der Regierungen ein Gesetzesentwurf vorbereitet und wahrscheinlich der nächsten Session des Reichstags vorgelegt werde.

Auf diese Aeußerung hin zog der Abgeordnete Schulze seinen Antrag zurück, nachdem er den Ausführungen Hoff's gegenüber noch einzelne, meist nichtsagende Bemerkungen gemacht, aus denen wir nur das beachtenswerthe Geständniß hervorheben wollen, daß das Aktiengesetz eine Prämie für die Nähe, welche die Kapitalserwerbungen verurliche, sei, und daß Genossenschaften, wenn sie in Bezug auf diese Erwerbungen ihr Theil geleistet, ebenfalls zu Aktiengesellschaften avanciren können.

Für das Großkapital also das Aktiengesetz ohne Haftpflicht und volle Freiheit im Börsenspielen, für das kleine Kapital und den Genossenschaftler aber solidarische Haftpflicht, strenge Controle und ungehinderte polizeiliche Thifane. Das ist die fortschrittliche Liebe für den sogenannten kleinen Mann.

Kunmehr gelangte eine Reihe von Anträgen in Bezug auf Abänderung der Gewerbeordnung zur Verhandlung, darunter auch das von den sozialistischen Abgeordneten eingebrachte Arbeiterschutzgesetz. Bei der hohen Wichtigkeit dieses Gegenstandes für unsere Leser behalten wir uns vor, auf die Verhandlung noch näher zurück zu kommen, und geben im Nachfolgenden nur eine kurze Skizzirung des Verlaufs derselben. Nachdem man beschloffen hatte, sämmtliche vorliegenden Anträge gemeinschaftlich zu debattiren, und nachdem eine in letzter Stunde von der Fortschrittspartei eingebrachte Resolution, welche alles beim Alten lassen will, ebenfalls noch mit zur Debatte gestellt worden war, ergriff der Abgeordnete Ackermann das Wort, um Namens der konservativen Partei für Einführung von Arbeitssbüchern, Bekräftigung des Vertragsbruchs und zwingende Zurückführung entlassener Lehrlinge zu plaidiren. Nach ihm sprach Graf v. Galen (Centrum), um in längerer Ausführung für Wiedereinführung, oder richtiger für Einführung — denn diese Phantastie ist nie Wirklichkeit gewesen — der christlich-sozialen Weltordnung eine Lanze zu brechen, wofür er sich von nationalliberalen Rickert jagen lassen mußte, daß ihm (Rickert) 4 oder 5 Paragraphen, geeignet, bestehenden Uebelständen abzuhelfen, lieber gewesen wären, als die ganze lange Rede. Im Uebrigen verteidigte Rickert die Gewerbeordnung wie überhaupt die Grundprinzipien, welche der Gewerbeordnung zu Grunde liegen, und stellte an die Regierung die Frage, ob sie in dieser Angelegenheit heute noch auf demselben Boden wie 1869 stehe? was von dem Bundeskanzleramtspräsidenten Hoffmann bejaht wurde. Auf die in mancher Beziehung interessanten Ausführungen Hoffmann's werden wir noch speziell zurückkommen, ebenso auf die Ausführungen unseres Genossen Frische, der in längerer Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie klarlegte. Nachdem der Abgeordnete Bauer, von den Hamburger Zinsflütern gewählt, noch über eine Reihe von Petitionen, welche sich auf den behandelten Gegenstand bezogen, berichtet, wurde die Sitzung Nachmittags 5 Uhr vertagt. Morgen Kasernirungsgesetz und Fortsetzung der Debatte über die obigen Anträge.

Ein Kapitel zum Zeugnißzwang der Redakteure. (Schluß.)

Herr Stephan konnte nun sticht mit der Disciplinaruntersuchung (oder in korrekter Postdeutsch überseht Schüleruntersuchung) beginnen, auch ohne Königs weitere Vernehmung.

Im Termine vor Pescatore selbst legte dieser das Original und eine Abschrift des erwähnten Briefes vor und erklärte, daß er auch heute bei seiner Zeugnißverweigerung beharren würde, wenn sich der Verfasser seinem vorgelegten obersten Chef gegenüber nicht bereits selbst genannt und ihn nicht ausdrücklich ermächtigt hätte, ihn im gegenwärtigen Termine zu nennen. Durch Erstattung gewichtig, hat er den Herrn Pescatore aber, die Abschrift zu den Akten zu nehmen und ihm das Original des Briefes zu belassen, damit er ein Verteidigungsmittel gegen gewisse Intriguen in den Händen behalte, die er fürchte — und wie sie schon gegen ihn in Scene gespielt worden seien — nämlich, daß man ihm, wenn irgend möglich, trotz seiner gewiß ehrenhaften Handlungsweise noch in öffentlichen Blättern des Vertrauensbruchs seitens dienstwilliger Geister beschuldigen lassen würde. Er erklärte zugleich, daß, falls wieder ein Dubenstüd, wie das angeedeutete, gegen ihn in Scene gehen würde, er sich öffentlich auf das Zeugniß des Herrn Untersuchungsrichters und seines Protokollführers berufen würde. Mit dem Ausrufe: „Gott sei Dank, daß auch diese unangenehme Geschichte endlich aus der Welt geschafft wird“, dicitte Herr Pescatore das Schlußprotokoll.

Kunmehr glaubte Redakteur König keine Veranlassung mehr zu haben, den Eid zu verweigern und er beschwor das Schlußprotokoll, man hatte ja auch ohne seine Aussage erfahren, gegen wen man Disciplinaruntersuchung einleiten könne, wenn diese überhaupt allein der Zweck des ganzen Verfahrens gewesen wäre.

Noch an demselben Tage wurde der Beamte Knoll und Fall zunächst nach Brandenburg versetzt. Kaum dort eingetroffen erschienen denn auch neben einem höchsten Beamten der Justizial des Generalpostamtes, Professor Dr. D., ein Mann, der denselben Namen trägt, den ein in der Demagogenvorforschungsperiode vielfach genannter Jurist auch führte und begann mit der eingehendsten Vernehmung und den geschicktesten Kreuz- und Querfragen des zu maßregelnden Postinspektors.

Wenige Tage darauf erhielt auch Redakteur König eine Vor-

ladung von dem in der Disciplinaruntersuchung mit dem Anklagegeschäfte betrauten Postrath B., demselben, der neuerdings mit der Vertretung des in der Kantendangelegenheit vielgenannten z. B. heurlaubten Oberpostdirektor v. Zahn betraut ist. Redakteur König ließ diese eigenthümliche Vorladung eines einfachen Verwaltungsbeamten mit dem Bemerkten zurückgehen, daß er der Requisition eines nicht richterlichen Beamten, er möge heißen, wie er wolle, und einen Titel führen, welchen er wolle, niemals Folge leisten, daß er vielmehr nur der Vorladung des Gerichtes folgen würde, was denn auch eine abermalige Vernehmung des von dem A. requirirten Gerichts zur Folge hatte.

Man hätte glauben sollen, daß nun endlich die Sache mit der so sehnlich erwünschten Disciplinaruntersuchung gegen den Postinspektor und dessen Maßregelung ihren Abschluß hätte finden müssen; allein weit, weit gefehlt! Pescatore's Schlußprotokoll enthielt unter Andern die Bemerkung, daß das Manuscript anonym gewesen sei. Dem in Disciplinaruntersuchung gezogenen Postinspektor war unter Andern seitens des Justitiars D. die Frage vorgelegt worden, ob er nicht vielleicht seiner Zeit das Manuscript mit einem mit seiner Unterschrift versehenen Begleitbrief übersandt habe, und dieser hatte ausgelegt: „Bermuthlich oder wahrscheinlich.“ Und auf diese unbestimmte Aussage hin baute man einen Strafantrag gegen den befragten Redakteur König auf, der denselben für immer vernichten, ihn bürgerlich todt machen sollte. „Wenn festgestellt ist, daß ein Begleitbrief mit Unterschrift dem Manuscript beigelegt war, so war das Manuscript nicht anonym“, so folgerte man, und auf diese fettstimmte Schlußfolgerung wagte man in der lebenswürdigsten, humansten Weise einen Strafantrag wegen nichts Geringerem — als — man höre und staune! — wegen Nichtentgeltlichkeit des Reineides aufzubauen, dem die Königl. preussische Staatsanwaltschaft auch Folge gab, indem sie die Untersuchung gegen den schwergeprüften Redakteur König eröffnete. Es wurde dann schließlich auch Schlußverfahren vor dem Stadtgerichte anberaumt; aber nur wegen fahrlässigen Reineides.

Wir unterlassen es, zu schildern, was eine ehrenwerthe Familie in jener Periode gelitten hat, als diese Untersuchung über dem Haupte ihres Ernährers schwebte, und bemerken nur, daß den Redakteur König nun jene Zeit noch viele harte, von intriganten Feinden und deren Creaturen geführte Schläge trafen und seinen Wohlstand und sein Unternehmen vernichteten.

Man sehe Befindungen seiner Person in öffentlichen Zeitungen für schweres Geld in Scene. Eine strafgerichtliche Verfolgung gegen den Entrepreneur, einen Postsekretair, früheren Buchhändlergesellschaften, wurde abgelehnt und an eine Disciplinaruntersuchung war schon gar nicht zu denken; derselbe erhielt vielmehr ein recht einträgliches Commissorium zur Taxcommission nach Stuttgart. Höhere Beamte sahen dieselbe Zeit die postamtlichen Abonnentenlisten auf die „Deutsche Post“ hier und da ein und diejenigen Abonnenten, welche Beamte waren, wurden vielfach dadurch ängstlich und hielten das Blatt nicht mehr. Eine dierhalb an den deutschen Reichstag gerichtete Petition hatte zur Folge, daß in der Petitionskommission jenes Einsehen der Abonnentenlisten für eine Verletzung des Briefgeheimnisses (also doch wohl auch des Amtsgeheimnisses?) erklärt, ferner, daß eine Interpellation an das Reichskanzleramt gerichtet und von letzterem Untersuchung und Abhilfe versprochen wurde. Ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die Personen, welche das Briefgeheimnis in der angegebenen Weise verletzt hatten, wurde indeß nicht beliebt, selbstverständlich konnte deshalb auch eine gerichtliche Verurteilung nicht eintreten, so heilsam dieselbe auch gewesen wäre, indem sie bewiesen haben würde, daß der Artikel der Verfassung: „Jeder Preusse ist vor dem Gesetze gleich“ keine Phrase ist.

Am Redakteur König freilich bewährte sich der alte Spruch: „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!“

Der Schlußverhandlungstermin gegen ihn erschien. Einziger (angeblicher) Belastungszeuge war jener Kritischreiber, jener gemahregelte höhere Beamte, um den der Redakteur König so gelitten hatte.

Aber der Beamte war mehr ein Entlastungs- als ein Belastungszeuge. Seine Aussagen stimmten mit denen des Angeklagten überein und die Freisprechung erfolgte.

So sein die Intriguen gegen den Redakteur König auch gesponnen war, so hatten seine Widersacher doch die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Groß mochte der Groll sein über den Richterpruch, der einen Querschnitt über so piffig, rachsüchtig und herzlos ersonnene Anschläge machte.

Ran beruhigte sich bei dem Urtheil erster Instanz natürlich nicht, man appellirte gegen das freisprechende Erkenntniß und als endlich nach langer Zeit — im Dezember 1874 — die Be-

In meinem vorigen Brief vermag ich zu erwähnen, daß ein Theil der Fortschrittspartei auch für den Valentin'schen Schlußantrag gegen Liebknecht gestimmt hat.

Weiter sei erwähnt, daß das gemeine Benehmen des Herrn Eugen Richter von allen anständigen Leuten im Reichstag entschieden mißbilligt wird.

Ein Vorschlag.*)

An die Parteigenossen.

Genossen! In der Voraussetzung, daß wir uns sämtlich in dem ehelichen, ernstlichen Bestreben vereinigen, das arbeitende Volk durch Aufklärung zum Bewußtsein seiner Macht zu bringen, um dadurch Absolutismus, Knechtschaft und Klassenelend aus der Welt zu schaffen, erbitte ich mir für das Nachstehende Eure Aufmerksamkeit.

Wer, der ein aufrichtiger Sozialdemokrat, hat sich nicht schon tausendmal die Frage vorgelegt, wodurch, durch welches Mittel kann die Ausbreitung unserer Prinzipien noch beschleunigt, die Befestigung derselben im Volke nachhaltig gemacht werden? Wer von uns behält wohl die Hoffnung auf baldigen Sieg der Wahrheit stets ungegeschwächt im Anbetracht der gewaltigen Macht der Dummheit, der Trägheit der Massen, und andererseits der zahllosen Nachmittel der reaktionären Gewalten? Gewiß, der endliche Triumph unserer Sache ist uns sicher; mit Recht ist oft darauf hingewiesen worden, wie selbst alle Kombinationen der Gegner nur das Gegenheil des Beabsichtigten bewirken; allein — es handelt sich auch darum, den Kampf nach Möglichkeit abzukürzen, das für einzutreten, daß wir möglichst bald zu einem Ziele gelangen, und das können wir. Das Prinzip des bewußten Fortschritts ist ja gerade die besondere Seite der Sozialdemokratie im Gegensatz zur bisherigen menschlichen Entwicklung und daher ist es für uns, die wir aus Ueberzeugung zur Fahne der Freiheit stehen, höchste Pflicht und Schuldigkeit, es ist sozialdemokratische Moralität, daß wir Alles thun, um unsern Zweck zu erreichen. Das wird jeder Sozialdemokrat anerkennen.

Unser Zweck ist nun, wie wir wissen, erstens das ganze arbeitende Volk womöglich in die Bewegung zu ziehen, sodann die Bewegung selbst im Volke zu vertiefen, einen festen, echt demokratischen Geist in die Massen zu bringen. Schon viel ist in dieser Richtung geschehen, aber leider eben noch lange nicht genug. Die Agitationsmittel: Vereine, Versammlungen, Zeitungen, Schriften sind alle zur Anwendung gelangt, sehr oft aber nicht in wünschenswerther Harmonie und darauf kommt es doch hauptsächlich an. Was nun die verschiedenen Agitationsmittel betrifft, so sind sie höchst verschieden im Grade der Wirkung.

Betrachten wir zuerst die Vereins- und Versammlungstätigkeit. Das Bischen Vereins- und Versammlungsfreiheit, welches die Gewalt dem Volke gelassen, muß zwar stets ausgenutzt werden, jedoch stehen die Resultate, besonders der Versammlungen, sehr oft in keinem Verhältnisse zu den Opfern, welche für die Versammlungen von den Genossen gebracht werden. Hieraus soll nicht gefolgert sein, daß nun die Versammlungen ganz und gar nebensächlich behandelt werden können, im Gegentheil. Die Versammlungen entwickeln ihre größte Wirkung als erstes Agitationsmittel bei Massen, welche erst aufgerüttelt werden sollen; sie sind sozusagen Alarmierungsmittel und werden als solche immer bei der Agitation in Anwendung bleiben müssen. Aber das wird mir Jeder zugeben — Nachhaltiges wird durch Versammlungen allein fast nie geschaffen. Ich habe schon so manchen Arbeiter gesprochen, der wohl vielen Versammlungen beigewohnt, der aber trotzdem indifferent geblieben war. Die ganze Errungenschaft der Versammlungen war für die Betreffenden die gewesen, daß sie Etwas von Sozialdemokratie läuten gehört hatten, eine Errungenschaft zwar, aber doch eine recht geringe. Kommt es zu einer öffentlichen Kundgebung, wie bei der Wahl, so lassen sich zwar solche für die Partei gewinnen, sind aber doch äußerst schwankende Elemente. Diese Erfahrungen haben wir gemacht. Kommt es nun noch vor, daß vor einer Wahl, um Erfolge, gleichviel ob auch nur Augenblicks-Erfolge, zu erzielen, daß unsinnige Versprechungen gemacht, oder alberne Hoffnungen auch nur durch Stillschweigen gewährt werden, so kann der schmerzliche Rückschlag gar nicht ausbleiben.

*) Wir veröffentlichen diese Zuschrift, weil dieselbe, wenn auch der darin gemachte Vorschlag kaum ausführbar sein dürfte — jedenfalls nicht in der vorgeschlagenen Form — doch unzweifelhaft mancherlei nützliche Anregungen enthält. R. d. S.

stätigung der Freisprechung erfolgte, war die Familie des Redakteurs König pekuniär fast zu Grunde gerichtet.

Ein Richter hat die Vernichter seiner Existenz bisher nicht ercht und was das Bewußtsein der Wiederwärtigen zu ihren Helldarben jagt, vermögen wir nicht anzugeben; genug, man hat zersört, was Unbequemlichkeiten verschaffte, man hält sich für den Sieger über die lästige Wahrheit, über die freimüthige Kritik, wenn die Leidensgeschichte jenes geplagten Redakteurs nicht bekannt wird, wenn Niemand von den Rollen, die seine Feinde spielten und von den Handlangerdiensten eines großen Theiles der nationalservilen Blätter erfährt.

Durch geschickte Benutzung des Zeugniszwanges suchte man einer Intrigue einen gewissen Stempel von Gesellichkeit aufzudrücken. Deshalb ist es wahrlich Pflicht einer redlichen Presse, das Dunkel, das so manche Akten in Nacht und Grauen hält, zu hellen und so manchen „Ritter von der Ehrbarkeit“ vor das Forum der Öffentlichkeit zu stellen.

Unsere Illustration zum Kapitel über die Zeugnispflicht der Redakteure, dieses Bruchstück aus dem Leben eines Prehangehörigen war ein Griff in's wirkliche Menschenleben.

Wir fragen, wann wird Solches, wie das Erzählte, unmöglich werden, wann endlich wird durch Aufhebung der Folter des Zeugniszwanges das Gesetz nicht mehr die Handhabe zu persönlichen Verfolgungen abgeben können und es auch bei uns ein gleiches Recht für Alle geben? — E. K.

Ein revolutionäres Sauhirtchen.

In Nr. 5 der „Gegenwart“ von 1877 werden die Beziehungen der deutschen Presse zur französischen in einem „Notizen“ betitelten Artikel besprochen, der folgende Stelle enthält: „Wir schrecken vor einer gelegentlichen Polemik mit den französischen Kollegen nicht zurück, lassen sie uns vielmehr als Unterbrechung des Alltagslebens hin und wieder ganz gern gefallen. Auch wenn auf Commando vorgegangen werden soll, haben wir keine grundsätzliche Abneigung gegen die Heresefolge, aber wohlverstanden unter einer Bedingung. Wir würden nämlich eine gewisse Garantie voraussetzen, daß, wenn wir patriotisch mitfechten, dies nicht nach einiger Zeit, wenn der Moment der Ausrüstung eintritt, als unruhig, ungehörig und unpatriotisch

Aus dem Gefagten geht hervor, daß wir unsere größte Hoffnung nicht auf die Erfolge der Versammlungen setzen, vor allen Dingen uns nicht mit diesen begnügen dürfen, denn die Versammlungs-Erfolge sind meistens, wo nicht immer, nur momentane. In einer Correspondenz aus Jherloha in Nr. 19 des „Vorwärts“ d. J. heißt es: „..... Der Wahlkampf ist beendet. Wir haben eine Schlappe erlitten. Wir haben weniger Stimmen erhalten, wie vor drei Jahren..... Fragen wir uns nun, welches sind die Ursachen, daß wir hier weniger Stimmen erhalten haben, als bei der vorigen Wahl, so ist darauf Vieles zu antworten. Zum allergrößten Theile war der Lokalmangel in Jherloha daran schuld. Hier, wo der Heerd..... war lange Zeit kein Lokal zu haben, es konnten darum auch keine Versammlungen stattfinden u. s. w.“ Man sieht: keine Versammlungen — keine Stimmen; man setzt seine ganze Hoffnung auf die Versammlungen und sucht die Spreu von früher zu gewinnen; ja, die Spreu ist vom Winde verjagt, durch einen tödlichen Zufall hat man einmal keinen Versammlungs-Bind, um die Spreu wieder zusammenzubringen und — man erleidet „eine Schlappe“. Ist das eine sozialistische Partei? Ist das Agitation? Hören wir eine andere Stimme. Parteigenosse G. Gladewitz schreibt in Nr. 22 des „Vorwärts“ aus Wittweida: „Wir sind unterlegen!..... Selbstverständlich müssen wir, da wir an ein Fortschreiten der sozialistischen Bewegung glauben, den Ursachen unserer Niederlage nachforschen. Die Hauptschuld trifft den Arbeiterstand selbst. Während ein kleiner Bruchtheil fruchtbar in die Versammlungen kam und unsere Leute dadurch stets in der Majorität waren, hielten es Andere nicht der Mühe werth, unsere Prinzipien näher kennen zu lernen, und sie wußten thatsächlich nur das von uns, was ihnen die Gegner erzählten..... Die Folgen dieser elenden Verheerung zeigten sich nur zu deutlich während der Wahlbewegung, sowie am Wahltag selbst. Wir mußten oftmals von Blutarmen, durch Hunger und Noth gebrachten Arbeitern die ungerechtesten Urtheile über uns mit anhören: „Der Kerl (unser Candidat) kann uns auch Nichts geben, der bringt uns auch kein Brot in's Haus,“ sagten Viele, und in trauriger Verblendung wählten sie den Gegner. U. s. f.“ Das ist der Fluch der Augenblicks-Erfolge, merkt's Euch, Parteigenossen!

Genosse H. F. Schröder berichtet aus Catin in Nr. 27 des „Vorwärts“: „..... Unsere Niederlage ist freilich groß, zumal hier im Fürstenthum Lübeck bei der vorigen Wahl 1874 nahezu noch einmal so viel Stimmen für unsern Candidaten abgegeben wurden. Doch ist dieser Verlust leicht erklärlich, wenn man Folgendes in Erwägung zieht: Durch die vorige Wahlagitacion wurden die Arbeiter hier sowohl, wie im 1. schleswig-holsteinischen Wahlkreise zum ersten Mal aus dem Schlafe gerüttelt und vom Strudel der Wahlbewegung mit fortgerissen, (!) ohne Klarheit über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie (!) zu erlangen; sie glaubten jedoch mit Zuversicht, durch die Wahl Reimer's in kurzer Zeit in das Land der Verheißung einzuziehen zu können. (!) Dies war die Situation nach der vorigen Wahl, und ein aufgeregter Sozialist konnte für dieselbe nur ein wehmüthiges Kopfschütteln haben.“ Schärfere als dieser Bericht es thut, kann man das Jagen nach Augenblicks-Erfolgen nicht verurtheilen. Dagegen ist eine Agitation anzuerkennen, von welcher der n-Correspondent aus Altona in Nr. 39 des „Vorwärts“, Jahrgang 1876, berichtet: „..... Wie anders treten da doch die Sozialdemokraten auf; ich erinnere mich, daß vor Kurzem der Candidat der Arbeiter, Hagenkover, nachdem er einen Vortrag gehalten, ausdrücklich betonte, daß alle diejenigen, welche mit seinen Ansichten nicht völlig übereinstimmen, getrost gegen ihn votiren könnten, ja daß es ihre Pflicht wäre, am Wahltag gegen ihn zu stimmen.“

Die Versammlungen zu agitatorischen Zwecken werden sonach wesentlich als erstes, als Aufrüttelungsmittel zu betrachten sein, niemals aber als Universalmittel; die Aufregung einer Versammlung muß sofort zur Vertiefung und Befestigung der Bewegung benutzt werden, soll nicht der größte Theil des Erfolgs wieder verloren gehen. Denn das gesprochene Wort verhallt, und was sonst übrig bleibt, ist schädliche Unklarheit.

Das zweite Agitationsmittel: die Presse ist berufen, in den noch bevorstehenden Kämpfen mit den reaktionären Gewalten unsere stärkste Waffe zu bleiben. Trotz alledem ist sie weit entfernt, ihren Zweck als Agitationsmittel zu erfüllen. Sehr richtig ist, was Eduard Sad in seiner vortrefflichen Schrift „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit“ Seite 13 sagt: „Ich habe wohl allen Respekt vor den Blättern der Sozialdemokraten, aber an denselben findet nur jener sehr kleine Theil des Volkes Geschmack, der an der sozialdemokratischen Agitation theilnimmt.

getadelt werde. Leute, die weniger vorsichtig sind, sollen derartige Mahreus erlebt haben.“

Ist das nicht die Sprache eines revolutionären Sauhirtchens? Sauhirtchen fängt zu drohen an. Uebersetzen wir vorstehende Sätze aus der Militärsprache — „Commando“, „Herresfolge“, „Abrüstung“ — in gewöhnliches Deutsch — Sauhirtchen ist auch militärisch gebildet — so lautet sie: Wir, die Sauhirten, tanzen in der Folge nur dann noch wie uns gepiffen wird, wenn man uns im Voraus garantiert, nicht hinterher zum Dank mit Fußtritten behandelt zu werden.

Es lebe die „Gegenwart“! Weiter unten heißt es in den nämlichen „Notizen“: „Die Sozialisten müssen allerdings seit ihrer letzten Ueberrumpelung zweier Berliner Wahlkreise im Auge behalten werden. Bisher wurden sie ignoriert. Es giebt zahlreiche Staatsbürger, die, wenn sie nicht etwa den Reichstag besuchen, in ihrem ganzen Leben einen wirklichen Sozialisten kaum jemals zu Gesicht bekommen haben. Die von jenen Herren redigirten Blätter zu studiren, wird man ohnehin Niemandem zumuthen. Abgesehen davon, daß dadurch die sozialistische Propaganda in der Familie, ja bei dem dienenden Personal gefördert würde, wäre es auch eine schwere Aufgabe, neben so vielen anderen Zeitungen auch noch radikalen Unsinn lesen zu müssen.“

Das heißt: Es giebt fast gar keine wirklichen Sozialisten, aber trotzdem muß man sie im Auge behalten. Wie das Bestreben aber geschehen soll, ist uns unerfindlich; denn, sagt der Notizenschreiber: die von den Sozialisten redigirten Blätter darf man nicht lesen, 1) weil sie „radikalen Unsinn“ enthalten, und 2) weil durch Lesen derselben der Sozialismus in der Familie verbreitet würde. Wahrlich ein schmeichelhaftes Compliment für die deutsche Bourgeois-Familie, sie ist also empfänglich für „radikalen Unsinn“. Das Bestreben glauben wir übrigens auch, wie könnte sie sonst die „Gegenwart“ lesen?

Am Ende — und nach seiner Schreibweise ist das sehr glaubwürdig — gehört der „Notizen“schreiber ebenfalls zu den Berliner Ueberrumpelern.

— Hundert Stosche wiegen noch keinen einzigen Bismard auf. Diese geschmackvolle Bismard-Lage auf Kosten eines Risses (Stosch), der bei dem Kaiser, wie bei dem Kronprinzen gleich geachtet und angesehen ist, ist die ureigste Erfindung eines Berliner Correspondenten der „Elber. Zeitung.“

So weit die Organisation der Partei reicht, so weit reicht auch nur das Publikum dieser Blätter und ich fürchte, es wird nie anders sein. Sie befriedigen nur die erregten Massen, die Agitatoren. Die übergroße Mehrheit des Volkes sieht aber außerhalb dieser Organisation und wird derselben immer fern bleiben. Wie gesagt, ich habe allen Respekt vor diesen Blättern und ich freute mich, daß sie da sind; aber sie sprechen nur zu jenen harten, zu einem schweren und gefährlichen Kampfe entschlossenen Männern; es sind Organe der sich sammelnden, sich gegenseitig anrufenden, zum Kampfe sich aufregenden „Arbeiter-Bataillone“ u. s. w.“ Ich für mein Theil glaube nun zwar nicht, daß es „nie anders sein“ wird; ich bin der Ansicht, daß sich unsere Presse mit der Zeit doch bei der Mehrheit des arbeitenden Volkes, wenn auch langsam, einführen könnte — das Wesentliche des Angeführten ist aber unbedingt wahr. Die sozialdemokratische Presse bildet fast ausschließlich nur die geistige Speise derjenigen, die bereits Sozialdemokraten sind. Nach meinen Erfahrungen ist an eine rationelle Agitation durch die Presse nicht zu denken. Die Presse soll die Tageslektüre und zugleich die Waffe der Partei sein; die Förderung der Agitation durch die Presse kann und wird niemals in einem wünschenswerthen Grade geschehen, und ich will dies auch kurz nachzuweisen suchen. Die Agitation der Abonnenten durch Zeitungsblätter wird immer nur in der Weise vor sich gehen, daß einzelne Blätter an Indifferenten zum Lesen gegeben werden. Nun ist aber erforderlich, daß, um einen Indifferenten zu einem Sozialdemokraten zu machen, sobald das Interesse geweckt ist, derselbe bald zu Anfang etwas Ganzes an Kritik der Zustände und über unsere Bestrebungen und Ziele vorgeführt erhält. Ein solches Ganzes ist nun eine Zeitungsnummer keineswegs, ja fünfzig, hundert Zeitungsnummern geben durchaus kein ganzes, abgeschlossenes, am allerwenigsten ein übersichtliches Bild der Sozialdemokratie. Dazu kommt, daß das erste Interesse, welches vielleicht der Betreffende nahm, weil ohne Nahrung, leicht wieder verfliegen ist, und dann ist das Anknüpfen schon viel schwieriger.

Der Inhalt einer sozialistischen Zeitung ist zudem, wie auch Eduard Sad ausführlich, zum großen Theile einem Indifferenten unverständlich und daher nicht angethan, Interesse zu erwecken, resp. ein angefachtes Interesse zur vollen Ueberzeugung zu entwickeln, da der Inhalt vor allen Dingen den Anforderungen der Genossen genügen soll. Das Halten einer Zeitung kann von einem Manne, der solche Erfahrungen macht, gar nicht erwartet werden.

Die Presse ist daher, wie schon gesagt, hauptsächlich nur für die überzeugten Sozialisten da; zur rationellen Weiterverbreitung unserer Tendenzen bedürfen wir anderer Mittel.

Weichen noch die Broschüren und hier haben wir in der That dasjenige Agitationsmittel, welches mit Versammlung und Presse in Verbindung und Organisation gebracht, einzig und allein im Stande sein kann, eine sichere Bewegung auf die Mehrheit des Volkes auszudehnen und dieselbe zu festigen. Fragen wir uns Parteigenossen, wodurch wir selbst eigentlich erst unsere feste Ueberzeugung erlangten, so bin ich überzeugt, unter 100 Fällen haben dies in 90 die Broschüren gethan. Die Broschüren geben meist ein abgeschlossenes ganzes Bild an Kritik und Bestrebungen und darin liegt ihre Kraft. Leider hat die Agitation mit Broschüren auch ihre Uebelstände; die Schriften kosten Geld und wenn sich Arbeiter, nachdem auch wirklich ihr Interesse durch einen gehörten Vortrag geweckt ist, entschließen, von ihrem knappen Taschengelde Schriften zu kaufen, so sind dies wiederum nur Ausnahmen. Schon oft habe ich Freunde seufzen hören: „Ja, wenn wir die Schriften wegdenken würden!“ — Genug.

Parteigenossen! Besetzt von dem Wunsche nun, die Agitation unter dem arbeitenden Volke in rationalster, ununterbrochener und nachhaltiger Weise entfaltet zu sehen, habe ich Euch einen Vorschlag zu machen:

Alle Zeitungen, auch die Lokalblätter, liefern am Schlusse jedes Quartals für jeden Abonnenten eine gute, aber kurze Broschüre gratis. Jeder Abonnent hat die Pflicht, die Quartals-Broschüre an indifferente Mitarbeiter, Bekannte u. s. zu vergeben, oder auch, die Broschüren werden gesammelt und in Versammlungen vertheilt. Da wir Abonnenten fast sämtlich überzeugte Sozialisten sind, so werden wir mit den Quartals-Broschüren den für die Agitation geeignetsten Gebrauch zu machen wissen. Wir haben damit das wirksamste Agitationsmittel in wirksamster Organisation gebracht. Wenn irgend ein Agitationsplan von Erfolg sein kann, so scheint es mir dieser zu sein, denn es sind fast alle Bedingungen erfüllt: durch die Parteipresse besteht eine Verbindung aller überzeugten Genossen; diese nur sind es wiederum, von welchen eine rührige Agitation ausgehen kann, also Nichts natürlicher, als daß jene Verbindung durch die Presse auch zu einer planmäßigen, alle Genossen beschäftigenden Agitation benutzt wird.

Die Kosten dieser Organisation werden von den Abonnenten getragen, indem die Abonnementspreise der Zeitungen um einen Durchschnittsbetrag der Herstellungskosten einer solchen Broschüre, also vielleicht um 5 oder 10 Pfennige pro Quartal erhöht werden. Gegenüber den gebräuchlichen Mitglieder-Beitragsätzen von 15—20 Pf. pro Monat, wie sie in den früheren Organisationen üblich waren, ist dieser Betrag verschwindend. Der Nutzen für die Partei kann dagegen ein unverhältnißmäßig großer werden. Bedenkt Genossen: die Broschüren sind das beste Agitationsmittel, dieselben können unter das Volk unentgeltlich vertheilt werden, der private Verkehr, sowie die Versammlungen bieten dazu ausreichende Gelegenheit. Die Broschüren in den Händen der Abonnenten, also zum größten Theile treuer Parteigenossen zu wissen, bietet uns die Garantie für die beste Verwendung. Den Zeitungen werden wiederum dadurch an zahlreicheren neuen Abonnenten zugeführt, besonders wenn am Schlusse der Broschüren auf die betreffende Zeitung in geeigneter Weise aufmerksam gemacht wird. Die Versammlungen würden immer zahlreicher besucht werden, mit einem Wort, es würden sich durchweg die besten Wirkungen ergeben, während die Kosten für uns Abonnenten gar nicht in Betracht kämen. Etwas Schwierigkeiten in der Zubereitung und dergleichen könnten leicht gehoben werden.

Ich bin fest überzeugt, daß wir mit einer solchen Schriften-Organisation unter Beibehaltung auch der übrigen Agitationsmittel dasjenige leisten würden, was nur unter den bestehenden

*) Zum Zweck der Befestigung der Parteigrundzüge in der Familie wäre sehr zu wünschen, daß sämtliche Zeitungen dem Beispiele der „Berliner Freien Presse“ und der „Wahrheit“, dem schließlichen Organ, folgen und die „Neue Welt“ als Sonntags-Gratis-Beilage beigegeben. Dadurch, daß die „Wahrheit“ die „Neue Welt“ beigiebt, wird herbeigeführt, daß beinahe ein Drittel der Auflage der „Neuen Welt“ (36,000) nach Schlesien, dem 14. Theile des deutschen Reiches wandert, da die „Wahrheit“ an 10,000 Abonnenten anweist. Nimmt man noch die 6—8000 Exemplare, welche auf die „Berliner Freie Presse“ entfallen, dazu, so kommt auf Berlin und Schlesien eine Hälfte der ganzen Auflage der „Neuen Welt“, während sich die übrige Hälfte auf das ganze übrige Deutschland vertheilen muß.

Bildungszuständen erreichbar ist. Wir würden in kurzer Zeit mindestens alle intelligenten Elemente, den Kern des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu uns herübergezogen haben und zwar für die Dauer, da wirkliche Ueberzeugung verbreitet worden wäre; und damit hätten wir gewonnen. Was soll es heißen, wenn Audorf singt:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht;
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Was ist „des Geistes Schwert“ anders als Sprache und Schrift? Das gesprochene Wort zur Aufrüttelung, das gedruckte zur völligen dauernden Eroberung der Massen — das sei unsere Lösung für die Agitation.

Der Druck der Broschüren könnte nach einem einheitlichen Plane seitens des Vorstandes in die Hand genommen werden, es würde dadurch die größtmögliche Billigkeit der Schriften erzielt werden. Unsere Presse wird, so viel ich weiß, in circa 100.000 Exemplaren aufgelegt, demnach würden jährlich planmäßig und sicher an 400.000 Broschüren verbreitet, in dem Zeitraum von einer Reichstagswahl bis zur andern an 1.200.000 Broschüren! Nehmen wir dazu die Steigerung der Abonnentenzahl durch Erziehung neuer Kämpfer, so haben wir ein Agitationsmittel, wie es noch keins gegeben hat und eine Agitation, wie sie noch nie entfaltet worden ist. In Verbindung mit diesem Plane kann der Vorschlag der Verbreitung einer Broschüre im Sinne des im „Volksstaat“ erschienenen Artikels „Was wir brauchen“ (von welchem Plane man leider Nichts mehr gehört hat) wieder aufgenommen werden. Die Wahl der zu verteilenden Broschüren könnte durch Congressbeschluss festgestellt werden. Die Schriften-Colporteurs würden durch diese Broschüren-Agitation keinen Abbruch erleiden, da sich der Wissensdurst dadurch nur vermehren kann und umso mehr gelesen werden wird.

Dies ist mein Vorschlag. Seid Ihr, Genossen, noch Alle von der alten Thatkraft befeuert, habt Ihr Alle den heißen Wunsch, das Volk so bald als möglich zum Bewußtsein seiner Lage und seiner Macht zu bringen, so haltet sofort Abonnenten-, Mitglieder- oder Volksversammlungen ab, diskutiert meinen Vorschlag und macht Euch schlüssig darüber. Ich habe hiermit die Anregung geben wollen, sagt Ihr nun dafür, wenn Ihr mit meinen Ausführungen übereinstimmt, daß die Frage schon dem nächsten Congress vorgelegt werden kann. Lassen wir vor allen Dingen die Zeit nicht unnütz verstreichen!

An alle Blätter unserer Partei richte ich die dringende Bitte, im Interesse unserer Sache vorstehenden Aufruf unverzüglich und baldmöglichst zum Abdruck bringen zu wollen.

Mit bestem Gruß an alle Genossen

P. Köhler.

Correspondenzen.

Stettin. Aufruf an die Parteigenossen allerorts. Die hiesigen Schuhmachermeister gehen mit dem Plane um, sämtliche hiesige Mitglieder des Fachvereins der Schuhmacher aus der Arbeit zu entlassen. Es werden daher die Parteigenossen und insbesondere die Kollegen ersucht, den Zugang nach hier nach Möglichkeit fernzuhalten. Den Anlaß zu der beachtlichsten Maßregelung gab die Einführung der unentgeltlichen Arbeitsvermittlung seitens des Fachvereins, während die Meister 5 Kr. für den Einbringemeister verlangen. Ein weiterer Stein des Anstoßes ist die vom Fachverein der Schuhmacher gegründete Krankenkasse, die die Meister durch eine Gegenfrankenkasse unmöglich zu machen suchen. Wie man sieht, handelt es sich nicht um Lohnfreitigkeiten, sondern um Verletzung unseres Rechts, und darum fordern wir dringend auf, den Zugang nach Stettin fernzuhalten.

Herrn. Prager.

Alle Arbeiterblätter wollen das Obige gefälligst abdrucken. **Frankfurt a. O., 5. April.** Allen Parteifreunden, die mich während meiner dreiwöchentlichen Haft unterstützt haben, spreche ich hiermit meinen Dank aus und versichere der sozialistischen Sache treu zu bleiben.

G. Wandow.

Augsburg, 9. April. In Sachen der Genossenschaftsbuchdrucker Augsburg wurde heute das bezirksgerichtliche Urtheil verkündet. Dasselbe lautet auf Auflösung der Genossenschaft ohne Entschädigung und eine Geldstrafe von 30 Mark für die drei Angeklagten, die Bücher seien an die Liquidatoren herausgegeben. Ueber die Urtheilsbegründung seitens der Herren Richter ein Urtheil zu fällen, halten wir für jetzt für überflüssig. Es genügt, vorzuführen, daß sich die Richter in allen Punkten den Ausführungen des Staatsanwalts und der magistratischen Denkchrift angeschlossen haben. Daß viele Mitglieder des literarischen Vereins solche der Genossenschaft sind, daß dieselbe zu klein angelegt und infolge dessen nicht konkurrenzfähig sei, daß Tauscher in Versammlungen über den „Volkswillen“ gesprochen, der Aufruf von Endres in der Probenummer des Blattes, der Brief Auer's, Alles dieses bilden belastende Momente. Ja sogar die Behauptung des Polizeioffizianten Tischer, daß Tauscher in einer Versammlung von durch die Genossenschaft angefertigten Colporteurs gesprochen habe, welche Äußerung in der Verhandlung als unmöglich gethan bestritten wurde, wird trotz der notorischen Schwerehörigkeit Tischer's, der kaum den vor ihm stehenden Präsidenten verstand, als richtig befunden und als belastend anerkannt. Auf alle diese Annahmen bildete sich die Ueberzeugung der Richter von der politischen Thätigkeit der Genossenschaft. Ob dieselbe von den Richtern des I. Oberappellationsgerichts, vor welchem die Sache auf Verurteilung der Verurtheilten nun zur Verhandlung kommt, getheilt wird, ist eine andere Frage.

Gallberg, 3. April. Modernes Räuberthum. Obgleich man glauben sollte, daß sich in unserer geschäftsflauen Zeit ein Unwesen verloren haben müßte, welches früher in der haarsträubendsten Weise getrieben wurde, so scheint dem doch nicht so, wie nachstehend verbürgte Nachricht beweist. Ein hiesiger Weber erhielt durch den Vermittler oder Verleger 4 Stück Waare (Crepee) für ein Meerrauer Haus zu fertigen; trotzdem derselbe nun alles Material einschlug, bekam er doch Abzug auf zu leicht. Hierüber aufgebrocht begab er sich selbst zum Fabrikanten nach Meerane, und hier erfuhr er, daß der Fabrikant nicht 1300 Spulen, sondern 1488 zur Anfertigung dieser 4 Stück Crepee dem Faktor übergeben hatte, dieser also 188 Spulen — 94 Bahnen für sich behielt und dann dem Arbeiter noch zumüthete, die Waaren in der vorgeschriebenen Dichte fertig zu bringen. Wir bedauern nur, daß die Verhältnisse so liegen, daß derartige Schwindel noch mit Glacehandschuhen angefaßt werden soll. 94 Bahnen West würden, wenn von einem Weber dem Fabrikanten direkt unterschlagen, von den maßgebenden Vertretern für ein Werthobjekt von ca. 14 Mark taxirt werden, er würde Bekanntschaft mit der Anklagebank machen und verdorrt werden müssen, auch wenn ihn Hunger und Elend zu diesem verzweifelten Betrug getrieben hätten. Für Eigentumsvergriffe“ obenbezeichneter Art gibt es freilich keine Anklage-

bank, denn wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Mäße vorstehender Fall den Herren Fabrikanten zeigen, wie nothwendig es ist, das Lohn und Material genau und deutlich auf dem für die Faktore bestimmten Aufgabeschein oder Musterzettel angegeben werden.

Altona. Vor einigen Tagen stand vor dem hiesigen Kreisgericht Termin an gegen unsern Parteigenossen Otto Reimer wegen Verbreitung eines „Schuhmacher oder Professor“ betitelten Flugblattes, das während der Wahlbewegungen im 8. hollsteinischen Wahlkreise ausgegeben wurde. Rechtsanwalt Jones in Wandsbek, der sich dort an die Spitze der Gegenpartei gestellt hatte, reichte im Namen des Advokatenkandes, welchen er durch Ausföhrungen des Flugblattes beleidigt glaubte, beim hiesigen Kreisgericht eine Klage gegen dasselbe ein, und die Staatsanwaltschaft trug auf 60 Mark Strafe oder 10 Tage Gefängniß und Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Wandsbeker Zeitung“ an. Der Angeklagte aber bestritt dem Rechtsanwalt Jones von vornherein das Recht, gegen ihn eine Klage zu erheben, da er den Jones nicht persönlich beleidigt und dieser keinen Auftrag von dem „Stand der Advokaten“ gehabt hätte. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Verklagten kostenlos frei. Damit wird natürlich die seinerzeit zum großen Schaden der Sozialisten erfolgte Constatation des Flugblattes nicht gut gemacht.

Hamburg. Unser Hamburger Parteiorgan schreibt: Der „Hannov. Kur.“ berichtet aus Hamburg und die anderen liberalen Blätter drucken es ihm mit Behagen nach, der Vorgang in Kopenhagen, daß die Sozialistenführer Pio und Geleff heimlich von dannen gingen, habe die Hamburger sozialdemokratischen Arbeiter stutzig gemacht. Es heißt dann mit Bezug hierauf weiter: „Es hat sich hier eine Art Oppositionspartei gebildet, die zunächst bezweckt, daß alle Partei- und Genossenschaftsklassen unter genaue Controle gestellt werden, eine Sache, die sich eigentlich ganz von selbst verstehen sollte. Es sollen zur Herbeiföhrung dieser Controle in einer Arbeiterversammlung bereits 800 Unterschriften abgegeben worden sein. Die Führer sollten schon aus eigenem Antriebe, da es sich um die Verwaltung von Genossenschafts-Parteigeldern handelt, gerade die Oeffentlichkeit suchen, um gegen Anzäpfungen geschützt zu sein, wie sie i. J. gemacht wurden, daß einige Agitatoren die Zellerfassungen zu Champagnerfeten benutzt hätten.“ — Die ganze Mittheilung ist von Anfang bis zum Schluß erlogen. Während bei den Liberalen über die von ihnen geföhrten politischen Kämpfe niemals eine Abrechnung der vereinnahmten und ausgegebenen Gelder stattfindet, sehen alle Comités der sozialistischen Arbeiterpartei, und gerade in Hamburg, unter der strengsten Controle, und wird von ihnen bei Heller und Pfening Abrechnung abgefordert. Daß dieselbe nicht den liberalen Blättern zugeandt wird, ist wohl selbstverständlich, weil diese die inneren Angelegenheiten der Arbeiterpartei nichts angehen. Die Parteigenossen, welche sich um das Vereinsleben kümmern, und das sind in Hamburg einige Tausend, wissen, wie es um die Verhältnisse steht, und daß dieselben in Ordnung sind. Förmlich albern ist aber gerade die Zumüthung, die „Führer“ sollten die betr. Abrechnungen veröffentlichten und wohl gar den liberalen Zeitungen zustellen lassen, um „gegen die Anzäpfungen geschützt zu sein, wie sie i. J. gemacht wurden, die Agitatoren hätten die Zellerfassungen zu Champagnerfeten benutzt.“ Die liberalen Goldschreiber, die diese „Anzäpfungen“ i. J. gebracht und noch bringen, wissen ganz gut, daß sie gelogen haben. Man kann ihnen aber eben so wenig das Lügen abgewöhnen, wie dem Hunde das Wollen. Darob grämt sich jedoch Niemand.

Aufforderung

betr. die eventuelle Neubesezung der Stelle des Redaktionssekretärs der „Tagwacht“.

Laut des bezüglichen Congress- und Urabstimmungs-Beschlusses, Punkt 2, hat die Redaktionscommission jeweils vor dem Congress zu Bewerbungen und Vorschlägen für die eventuelle Neuwahl des Redakteurs der „Tagwacht“ aufzufordern. Die eingehenden Bewerbungen und Vorschläge sollen am Congress besprochen und von diesem, der freien Urabstimmung der Mitglieder unbeschadet, ein unmaßgeblicher Vorschlag gemacht werden.

Die „Tagwacht“ ist eine sozialdemokratische Zeitung und Organ des schweizerischen Arbeiterbundes. Sie erscheint wöchentlich 2mal, 4 Seiten stark, Folio. Außer für die „Leitartikel“ und „Sozialpolitische Rundschau“ hat der Redakteur noch für die Bearbeitung der eingehenden Correspondenzen zu sorgen und überhaupt alle mit der Redaktion des Blattes zusammenhängenden Verpflichtungen zu erfüllen. Der Gehalt beträgt dafür zur Zeit 2000 Franken per Jahr. Die speziellen Bedingungen werden den sich um die Stelle Bewerbenden auf Wunsch bereitwillig mitgetheilt.

Indem wir hiermit die Sektionen des schweizerischen Arbeiterbundes, sowie auch die einzelnen Parteigenossen, gleichviel ob in oder außerhalb der Schweiz, zu Vorschlägen resp. Bewerbungen auffordern, ersuchen wir, dieselben bis spätestens

Mittwoch, den 16. Mai d. J.

Schriftlich einzureichen an: F. Strähli, Römerstraße 20, Hottingen-Zürich, wie überhaupt alle diese Sache betr. Anfragen u. s. w. an die vorstehende Adresse zu richten sind.

Zürich, 14. April 1877.

Die Redaktions-Commission der „Tagwacht“.

Aufruf

an die Parteigenossen in Hannover und in Linden.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom 7. März wurde der Antrag gestellt, aus den Reihen der Mitglieder ein Sängerkorps zu bilden zur Unterstützung des Wahlvereins bei etwaigen Festlichkeiten und Agitationen. Es werden daher alle Parteigenossen, sowie namentlich die alten Sängerkorps, welche geneigt sind, diese gute Sache zu unterstützen, hiermit ersucht, sich Freitag, den 20. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße 11, einzufinden.

NB. Der Gesangs-Unterricht ist gratis.

J. A.: Die Commission, G. Rudolph.

Congress der deutschen Zimmerleute.

Der Congress findet am 16. Mai zu Leipzig statt. Wir fordern alle Zimmerleute Deutschlands auf, denselben durch Abgeordnete ihres Ortes zu beschicken. Die heutige Lage der Zimmerleute ist eine höchst traurige, gedrückt, und wird durch die Arbeitslosigkeit immer schlechter. Wenn wir daher nicht ganz und gar in Kummer und Noth untergehen wollen, dann ist es die höchste Zeit, daß wir uns anrufen, um zu handeln.

Der Congress soll die Mittel und Wege beraten, durch welche eine Besserung dieser elenden Verhältnisse ermöglicht werden kann; zu diesem Zweck wird der Congress folgende Gegenstände zur Besprechung aufstellen:

1) Wie ist es möglich, die traurige Lage der Zimmerleute zu verbessern? 2) Auf welcher Weise kann dem Ruin unseres Handwerks wirksam entgegengetreten werden? 3) Der Standpunkt der verschiedenen Kranken- und Sterbekassen an den einzelnen Orten und deren Aufgabe, den kranken Kameraden gegenüber. Können sie diese Aufgabe erfüllen? 4) Sind Invalidenkassen nothwendig? Reiseunterstützungskassen, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit? 5) Das heutige Lehrlingsverhältniß.

6) Auf welche Weise ist eine einheitliche Verbindung aller deutschen Zimmerleute zu gegenseitigem Schutz und Trutz herzustellen?

Alle diese einzelnen Punkte sollen besprochen und darüber Beschlüsse gefaßt werden. Wir hoffen nun, daß dieser Congress eine imposante Kundgebung des größten Theils der deutschen Zimmerleute werden möge, indem die meisten Orte Delegirte zu demselben entsenden. Um diesen Congress genügend bekannt zu machen, haben wir nach 430 Orten Aufträge vertheilt, und zwar, soweit wir nicht spezielle Zimmereradressen hatten, an die Bevollmächtigten anderer Genossenschaften, damit diese sie den am Orte befindlichen Zimmerleuten unterbreiten. Wir möchten jedoch hier nochmals Gelegenheit nehmen, alle Parteigenossen aufzufordern, bei den Zimmerleuten ihres Ortes für die Beschickung dieses Congresses zu wirken. Auf nach Leipzig!

Orte, welche Delegirte zum Congress senden haben dieselben bei Hrn. K. Schwarze in Neuhörsingstraße 124, Leipzig, vorher anzumelden. Mit brüderlichem Gruß

Das Einberufungs-Comité.

NB. Wir haben an unsere sämtlichen Parteiblätter in Deutschland dieser Tage diese Aufforderung versendet. Wir bitten die geehrten Redaktionen, dieselbe in der nächsten Nummer ihrer Zeitung zum Abdruck zu bringen, damit der Congress genügend bekannt wird.

In dem Verzeichniß der Parteiblätter, welches wir in Nr. 43 des „Vorwärts“ veröffentlichten, fehlen folgende Blätter: „Düsseldorfer Freie Zeitung“, Wöchentlich dreimal. „Essener Freie Zeitung“, Wöchentlich dreimal. „Gagener Volksfreund“, Wöchentlich dreimal. „Roths Fahne“, Erscheint in Barmen wöchentlich einmal. Preis 50 Pf. pro Quartal.

„Der Sozialist“, Erscheint täglich in Chicago (Amerika.) Folgende Berichtigungen haben wir zu machen: „Der Grundstein“ erscheint nicht in Berlin, sondern in Hamburg, ebenso „Der Pionier“, „Der Fortschritt“ erscheint in Leipzig.

Briefkasten

der Redaktion. J. M. in Magdeburg: Die verlangte genaue Adresse ist uns nicht bekannt. — R. G. in Schweidnitz: Föhren Sie Beschwerde bei der königlichen Regierung zu Breslau. — E. Fleisch in Oshag: Erst wenn Sie Vertheidiger vom sächsischen Kriegsministerium erhalten haben, ist die Angelegenheit spruchreif. — Niederwiesheim bei Hanau: Nicht verwendbar. — Hrn. Fr. G. in Oelsnitz: Desgleichen. — W. B. in Darmstadt: Die Nr. 45 wird Sie überzeugt haben, daß Ihr Bericht dem Papierkorb nicht einverleibt worden ist; dagegen haben wir von dem und zustehenden Recht der Kürzung Gebrauch gemacht.

der Expedition. Es ist der G. B. unmöglich, Ihren Wunsch zu erfüllen.

Quittung. Adf Hannover Ann. 200. Jbn Frankfurt Ann. 0,80. Lhm hier Ab. 1,25. Hermann hier Ab. 2,50. Begar Seelen Ab. 20,20. Nach Jitau Sch. 17,84. Bild Weisthien Ab. 8,65. Ofmann Erfurt Sch. 11,00. Erst Kl. Schoder Ab. 3,50. Dr. Hngz Rbnit Ab. 10,00. Ullrich hier Ab. 4,50 u. 390,00. J. Umbr Paris Ab. 16,00. Dhn Barmen Ab. 1,20. Appl Schwarzenbach Ab. 9,10. Frsch Stuttgart Ab. 19,60. Schnd Blauen Ab. 3,00. Plmbd Reumünster Ann. 2,70. Rtt Halle Ann. 0,50. Wahlverein Hannover Ann. 2,30. Buch hier Ab. 9,95. Bsch hier Ab. 4,65. Widnha hier Ab. 1,25. Erd Stötterich Ab. 8,80. Wf Christophsgrund Ab. 10,00. Ing Krausjezag Ab. 9,50. Rhr Wauhan Ab. 64,00. Rhr Mannheim Ab. 20,00. Schmr Lübeck Ab. 4,50. Gr Ebnabück Ab. 8,00. Jgr Stochum Ab. 4,40. J. Brt Mainz Ab. 65,55. Arb.-Bild.-Ber. Ling Ab. 4,76. Arb.-Bild.-Berein Leoben Ab. 4,76. Rr Basel Sch. 19,60. Brng Delitzsch Ab. 3,60.

Der Leser des „Vorwärts“ in Zweibrücken wird hierdurch gebeten, seine Adresse dem Unterzeichneten baldigst einzuschicken, behufs Uebermittlung wichtiger Nachrichten. H. Koch, G. S., Mannheim.

Fonds für Gemäßigete.

Von einem 48—49er Kämpfer in Mannheim zu Kaisers Geburtstag 200.

Anzeigen etc.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr. Große Wallstraße 24:

Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. (F. 160) Neue Mitglieder werden aufgenommen. D. S. [0,60]

Halle a. S. Die Mitglieder der Metallarbeiter-Frankenasse werden ersucht, Sonntag, 22. April, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal, zu einer Vorstandswahl, zahlreich zu erscheinen. A. Nette, Bev. (F. 160) [50]

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 21. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstraße 11: (F. 161)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Meister über das erste Gebot der christlichen Lehre, in ihrer früheren Bedeutung gegenüber der Gegenwart. Der Vorsitzende. [80]

Anger. Freitag, den 20. April, Abends 8 Uhr, im Saale der „Drei Rohren“:

Disputation

der Herren Findel und Geiser über Wesen und Ziele des Sozialismus.

Zahlreicher Theilnahme seitens der Parteigenossen sieht entgegen Der Einberufer.

Neumünster. „Volkskammer“. Sonnabend, den 21. April, in der [2,70]

Geburtstagsfeier Ferd. Lassalle's bestehend in Concert mit Gesang und deklamatorischen Vorträgen unter Mitwirkung tüchtiger Kräfte. (F. 280)

Anfang Abends 8 Uhr.

Um rege Theilnahme bittet Das Comité.

Sociusgesuch.

Ein intelligenter Mann (ermünscht Wachsenbauer) zu einem sichern Unternehmen. Erforderlich 6—9000 R. Off. erbeten unter R. P. 12 in der Exped. des „Vorwärts“. [150]

Für Männerchöre.

Im Verlage von Emil Saureteig in Gotha ist erschienen: (F. 2) [110]

Nr. 8. Commerzlied.

Gedicht und Comp. von W. Kapplinger.

Nr. 9. Die Arbeit.

Ged. von A. Schen. Comp. von G. Scholz.

Preis für beide Lieder Part. mit 4 St. 1,20, 4 Stimmen 0,90.

Exantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig. Redaktion und Expedition Friedrichstraße 12/11. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.